

WORKING PAPER

November 2019

Daniela Blaschke und Florian Ranft

Which Tech Does Society Need?

Wie wir als Gesellschaft in Zeiten technologischen Wandels handlungsfähig bleiben

Executive Summary

This working paper draws the guidelines for #Tech4Society's innovation series and argues that technological transition must not be an end in itself. Innovation must address the great societal challenges of our time, including the climate crisis, populism's permanent threat to democracy, and social inequality. If not, our societies might be in danger of further polarisation and division. Answers require innovative concepts from the economic and political sectors. A co-innovation process developed in this paper proposes that businesses derive new technology from their potential contributions to societal progress, and together with politics, research innovators, and civil society negotiate and develop institutional reforms on the basis of democratic values. By pursuing this path, innovation and social cohesion can complement each other. The paper closes with a look at the continuing questions and events curated by #Tech4Society.

Zusammenfassung

Dieses Working Paper zieht die Leitlinien für die #Tech4Society-Innovationsreihe und argumentiert, dass technologischer Wandel kein Selbstzweck sein darf. Innovationen müssen die großen gesellschaftlichen Herausforderungen unserer Zeit adressieren, wie etwa die Klimakrise, die permanente Gefährdung unserer Demokratien durch Populismus und soziale Ungleichgewichte. Ansonsten drohen gesellschaftliche Polarisierung und Spaltung. Als Antwort bedarf es innovativer Konzepte aus Wirtschaft und Politik. Der hier entwickelte Prozess der Co-Innovation sieht vor, dass Unternehmen neue Technologien aus einem sozialen und ökologischen Fortschrittsgedanken ableiten und gemeinsam mit Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft institutionelle Reformen auf Basis demokratischer Werte aushandeln und entwickeln. Auf diesem Wege können sich Innovationen und gesellschaftliche Zusammenhalte ergänzen und skaliert werden. Das Papier schließt mit einem Ausblick auf weiterführende Fragestellungen und Veranstaltungen im Rahmen des #Tech4Society-Projekts.

Einleitung: Technologischer Wandel zwischen Buzzwords und Leitmotif

Wer keinen *Purpose* und keine strategische *Vision* für 2020+ definiert hat, braucht nicht anzutreten – weder als Unternehmen, noch als politische Bewegung. Und wer keine *Key Performance Indikatoren* festgelegt hat, um die Roadmap dorthin abzustecken, und kein *Stakeholder Management* aufgesetzt hat, um diesen Prozess zu begleiten, wird weder *Sustainable* sein noch *Shared Value* erzeugen können. Soweit zum aktuellen Set von Buzzwords,¹ mit dem eine zunehmende Gesellschaftsorientierung wirtschaftlicher Akteure beschrieben wird – das aber weder konkret werden muss hinsichtlich der Frage, was *sustainable* ist, noch mit wem etwas *geshared* werden soll.

Die inhaltlichen Leitlinien für diese Konzepte aus der Unternehmenswelt setzen meist dort an, wo die jeweiligen Interessen der Wirtschaft, Politik und Zivilgesellschaft aufeinandertreffen und durch demokratischen Dialog koordiniert und gelöst werden können. Eines dieser Konzepte aus den 1990er Jahren ist die *Triple Bottom Line*, derzufolge sich Unternehmen an ihrem sozialen, ökologischen und ökonomischen Einfluss zu orientieren haben. John Elkington, der diesen Referenzrahmen entwickelt hat, kritisierte zuletzt seine Anwendung als einfaches “accounting tool” und forderte stattdessen zur Beschäftigung mit den Grundlagen auf, namentlich “capitalism and its future”.²

1. Begriffe aus den Geschäftsberichten börsennotierter Unternehmen, deren tatsächlicher Einfluss auf das wirtschaftliche Handeln immer wieder zur Diskussion steht (a und b). Der Stakeholder Begriff beispielsweise impliziert die Abkehr von einer reinen Shareholder-Orientierung (c) – die nichtsdestotrotz tief in den Strukturen börsennotierter Organisationen verankert ist.

(a) Vgl. VALI, NAZILA & MIRZA, RABAYL: (Oct 24, 2019): Stakeholder engagement and collaboration: distracting buzzwords, or the secret ingredients for inclusive business success?, Medium, <https://medium.com/@BCtAInitiative/stakeholder-engagement-and-collaboration-distracting-buzzwords-or-the-secret-ingredients-for-2aadd330b74f>.

(b) Vgl. DEMBEK, KRZYSZTOF et al. (2016): Literature Review of Shared Value: A Theoretical Concept or a Management Buzzword?, *Journal of Business Ethics* 137: 231–267, <https://doi.org/10.1007/s10551-015-2554-z>.

(c) Vgl. FREEMAN, R. EDWARD (1984): *Strategic Management. A Stakeholder Approach*, Boston: Pitman.

2. Vgl. ELKINGTON, JOHN (June 25, 2018): 25 Years Ago I Coined the Phrase “Triple Bottom Line.” Here’s Why It’s Time to Rethink It, *Harvard Business Review*, <https://hbr.org/2018/06/25-years-ago-i-coined-the-phrase-triple-bottom-line-heres-why-im-giving-up-on-it>.

Inzwischen findet solche Kritik nicht mehr nur in den Nachhaltigkeitsabteilungen, sondern auch in den Vorstandsetagen ein Echo.³ Kürzlich veröffentlichten über 180 große US-amerikanische Unternehmen ein “Statement on the Purpose of a Corporation”.⁴ Diese Verpflichtung sagt zu, die Erwartungen aller Stakeholder (darunter ArbeitnehmerInnen, Politik oder Zivilgesellschaft) einzubeziehen und nicht nur die der AktionärInnen. Ob Sinneswandel oder nicht – das Manifest der Unternehmen scheint von der Einsicht geprägt, dass die Vernachlässigung gesellschaftlicher Verantwortung und der Rückzug von Unternehmen aus gesellschaftlichen Debatten unmittelbare politische Konsequenzen haben können.

„Mensch und Gesellschaft geraten an die Grenze der emotionalen Anpassungsfähigkeit, was gesellschaftliche Debatten aufladen und polarisieren kann.“

Wenn ökonomische und gesellschaftliche Strukturen im Wandel begriffen sind, droht individueller Kontrollverlust. Das Individuum kann aufgrund der Komplexität der Veränderungen nicht immer Schritt halten. Mensch und Gesellschaft geraten an die Grenze der emotionalen Anpassungsfähigkeit, was gesellschaftliche Debatten aufladen und polarisieren kann. Beispiel dafür ist die Debatte um den Einfluss von Technologien auf die Arbeitswelt. So beschwören einige in nahezu hysterischer Manier, dass uns die digitale Revolution Millionen Arbeitsplätze kosten wird.⁵ Andererseits helfen auch die Prophezeiungen von Tech-DeterministInnen nicht weiter, die in neuen Technologien die Essenz gesellschaftlichen Fortschritts sehen: Demnach hätte technologische Modernisierung fast automatisch einen erheblichen Mehrwert für Gesellschaften und lediglich zu vernachlässigende, technologisch behebbare negative Effekte. Das aber führt zu eindimensionalen und unrealistischen Zukunftserwartungen.

3. Vgl. Edelman (2019): 2019 Edelman Trust Barometer. https://www.edelman.com/sites/g/files/aatuss191/files/2019-03/2019_Edelman_Trust_Barometer_Global_Report.pdf?utm_source=website&utm_medium=global_report&utm_campaign=downloads.

4. Business Roundtable (Aug 19, 2019): Statement on the Purpose of a Corporation, <https://opportunity.businessroundtable.org/wp-content/uploads/2019/09/BRT-Statement-on-the-Purpose-of-a-Corporation-with-Signatures-1.pdf>.

5. Vgl. PENNEKAMP, JOHANNES (Aug 19, 2019): Folgen der Digitalisierung: Was arbeite ich - und wenn ja, wie lange noch? *Frankfurter Allgemeine Zeitung*, <https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/unternehmen/richard-david-precht-warnt-vor-folgen-der-digitalisierung-15741321.html>.

Wie so oft liegt die Wahrheit irgendwo zwischen Hysterie und Hype. Gewiss ist, dass neue Technologien Wirtschaft und Gesellschaft in den kommenden Jahrzehnten verändern werden. Doch wie dieser Prozess für die unterschiedlichen Stakeholder konkret aussehen und vonstattengehen wird, hängt davon ab, wie er politisch gestaltet wird. Denn sicher ist es nicht damit getan, Wandel zum Normalfall zu erklären.⁶ Hier ergibt sich ein Handlungsimperativ für die Politik. Insbesondere weil populistische Parteien nicht weiter gestärkt werden sollen, verstehen diese es doch am Besten, scheinbar einfache Antworten auf komplexe Fragen zu geben und mit den Ängsten der BürgerInnen zu spielen.

„Denn sicher ist es nicht damit getan, Wandel zum Normalfall zu erklären. Hier ergibt sich ein Handlungsimperativ für die Politik.“

Für eine sozial, ökologisch und ökonomisch nachhaltige digitale Transformation braucht es intensive und informierte gesellschaftliche Debatten, Vertrauen der Menschen, diverse Stakeholder-Koalitionen sowie Handlungskonzepte und -anleitungen von politischen AkteurInnen. Und es braucht Antworten auf die Frage, unter welchen Bedingungen technologischer Fortschritt Mehrwert für die Gemeinschaft hat. Nur so können Unternehmen und SozialpartnerInnen, Menschen und Gesellschaften "mitgenommen" werden. Diese Herausforderung ist der Ausgangspunkt von #Tech4Society: Welchen Mehrwert hat Tech für die Gesellschaft? Und welche Wege sollten wir dafür mit AkteurInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft einschlagen?

LICENSE TO INNOVATE

Die Demokratie ist ein fragiles Konstrukt. Spätestens seit Inkrafttreten der Sustainable Development Goals (2016) und der Ratifizierung des Übereinkommens von Paris (ab 2016) ist klar, welche Ziele Politik und Wirtschaft für die und mit der Gesellschaft weltweit erreichen müssen, darunter: Armut abschaffen, Geschlechtergleichheit,

6. Vgl. KOLMAR, MARTIN & LOREN, SCOTT (FEB 10, 2018): Digitalisierung, Globalisierung & Co.: Wenn aus Veränderung Krise wird, Der Tagesspiegel, <https://www.tagesspiegel.de/politik/digitalisierung-globalisierung-und-co-wenn-aus-veraenderung-krise-wird/20947532.html>.

menschenwürdige Arbeit und Wirtschaftswachstum, weniger Ungleichheiten, nachhaltige Städte und Gemeinden, Frieden, Gerechtigkeit und starke Institutionen bis 2030 und natürlich Dekarbonisierung bis 2050.⁷

„Unternehmen sollten ihre Handlungsfähigkeit aus ihrem Beitrag für die Gesellschaft ableiten - nicht nur im Sinne einer license to operate, sondern einer license to innovate.“

Trotzdem wird weiter über den richtigen Weg diskutiert, den Beitrag von Unternehmen für die Gesellschaft zu sichern. Zur Wahl stehen unter anderem Selbstverpflichtungen der Wirtschaft beziehungsweise politische Regulierung, die diese ersetzt, sowie Multi-Stakeholder-Partnerschaften oder auch mehr Verantwortungsübernahme durch KonsumentInnen. Sicher scheint bislang nur: Unternehmen sollten strategische Planung und professionelles Stakeholder Management nicht unterlassen, aber in der heutigen Form wird es nicht genügen. Was es braucht, sind Unternehmen, die ihre Handlungsfähigkeit aus ihrem Beitrag für die Gesellschaft ableiten – und das nicht nur im Sinne einer *license to operate*.⁸ Vielmehr muss es gelingen, eine *license to innovate* abzuleiten, genauer *to co-innovate*. Sie könnten so die gesellschaftlichen Herausforderungen und Probleme besser artikulieren und die Gelingensbedingungen für die gemeinsame Arbeit an der wirtschaftlichen Transformation definieren und fördern.

Dafür muss die strategische Planung der Unternehmen gesellschaftspolitische Herausforderungen zum Ausgangspunkt ihrer Innovationen machen, zum Beispiel die demografische Entwicklung einer Region oder sozio-ökonomische Disparitäten in einer Branche. Das Stakeholder Management darf weder am Werkstor oder der Bürotür, noch im internen Chatprogramm enden. Und es muss fähig sein, außerhalb der institutionellen Anspruchsgruppen die Impulse gesellschaftlicher Bewegungen aufzugreifen.

7. Vgl. (a) UN General Assembly (2015): Transforming our world: the 2030 Agenda for Sustainable Development, https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=A/RES/70/1&Lang=E und (b) UNFCCC (2015): Adoption of the Paris Agreement, https://www.un.org/ga/search/view_doc.asp?symbol=FC/CP/2015/L.9/Rev.1.

8. Mit dem Begriff der "license to operate" wird allgemein die gesellschaftliche Akzeptanz unternehmerischer Aktivitäten beschrieben (vgl. KURUCZ, ELISABETH C. et al. (2008): The Business Case for Corporate Social Responsibility. In: Andrew Crane, et al.(Hg.): The Oxford Handbook of Corporate Social Responsibility. Oxford: Oxford University Press, 83-112).

Während viele Unternehmen inzwischen Verantwortung für gesellschaftliche Gruppen außerhalb ihres unmittelbaren Einflussbereichs übernehmen – beispielsweise in der Lieferkette – waren sie bislang weitgehend unfähig, die von Bewegungen wie #metoo oder Fridays for Future formulierten (politischen) Forderungen systematisch in ihre Innovationsprozesse zu integrieren. Das liegt auch daran, dass diese Prozesse nur selten das eigentlich zur Verfügung stehende Spektrum nutzen: von technologischen bis sozialen Innovationen, von der Arbeit an Patenten bis zur Arbeit auf Open Source Plattformen, oder vom Aufbau intellektuellen Kapitals bis zur vernetzten Co-Innovation.

DEMOCRATIC CO-INNOVATION

Wege zur Erreichung gesellschaftlicher Ziele müssten „mit den Mitteln dieser Gesellschaft“⁹ gefunden werden, schrieb Armin Nassehi im Sommer 2019 in einem Kommentar zur sozialen Dimension von Klimaschutz. Für Demokratien bedeute das, auf der Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse die Suche nach technologischen Lösungen zu unterstützen, aber auch ihre Wirkung auf gesellschaftliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse im Blick zu halten.

„Für Demokratien bedeute das, auf der Basis naturwissenschaftlicher Erkenntnisse die Suche nach technologischen Lösungen zu unterstützen, aber auch ihre Wirkung auf gesellschaftliche Meinungs- und Willensbildungsprozesse im Blick zu halten.“

9. NASSEHI, ARMIN (Aug 1, 2019): Die denkfaule Gesellschaft, Süddeutsche Zeitung, <https://www.sueddeutsche.de/kultur/klimawandel-gesellschaft-nassehi-1.4548621>.

Das lenkt den Blick auf die Notwendigkeit, nicht nur die wirtschaftlichen, sondern auch die politischen Strukturen und Prozesse und insbesondere die darin verankerten Beteiligungsformen für unsere Zivilgesellschaft weiterzuentwickeln, um Co-Innovation zu ermöglichen. Es wird nicht genügen, von Unternehmen Innovationen für die Gesellschaft zu fordern ohne im Austausch ein gemeinsames Verständnis der erhofften Wirkung der Neuerungen zu entwickeln. Dabei ist insbesondere der Prozess der Artikulation eines Problems und die Entwicklung eines politischen – im Sinne von kollektiven – Bewusstseins entscheidend für die Legitimität der Innovation.

„Um die Komplexität eines solchen Unterfangens beherrschbar zu machen, bedarf es institutioneller Reformen und kultureller Aushandlungen auf demokratischer Basis – für den Erfolg des Vorhabens, aber zugleich, um Polarisierung und gesellschaftlicher Spaltung entgegenzuwirken.“

Um die Komplexität eines solchen Unterfangens beherrschbar zu machen, bedarf es institutioneller Reformen und kultureller Aushandlungen auf demokratischer Basis – für den Erfolg des Vorhabens, aber zugleich, um Polarisierung und gesellschaftlicher Spaltung entgegenzuwirken. Im besten Fall gelingt das in einer an das Vokabular der Corporates anschlussfähigen Weise, sodass der Co-Innovationsprozess nicht nur auf eigens dafür konzipierten Plattformen, sondern auch innerhalb der Unternehmen stattfinden und auch dort strukturelle Veränderungen anstoßen kann.



Ausblick: Der #Tech4Society-Fahrplan

Es bedarf also einer Innovation der unternehmerischen und demokratisch-deliberativen Gestaltungsprozesse, um gesellschaftliche Anliegen im Rahmen technologischen Wandels adäquat zu adressieren und zu repräsentieren. Darüber hinaus ist es im Umkehrschluss zentral, nach den Folgen unternehmerischen Handelns für die Gesellschaft zu fragen. Allerdings nicht erst am Ende eines Prozesses, der im Fall negativer Folgen nur noch zu einer Schadensbegrenzung führen, oder eine Besserung im nächsten Zyklus versprechen kann. Stattdessen müssen diese Fragen am *Beginn* eines Innovationsprozesses stehen – und zwar nicht nur als Fragen nach der Wirkung von Technologien oder technologiegetriebenen Geschäftsmodellen auf die Gesellschaft, sondern auch als Fragen nach dem gesellschaftlichen Bedarf für technologische und unternehmerische Ansätze zur Lösung dringender politischer Herausforderungen (wie etwa der Klimakrise, regionalen Ungleichgewichten, einem Mangel an sozialer Mobilität oder dem Erstarken populistischer Kräfte).

„Ausgangspunkt der Innovationsreihe #Tech4Society sind daher aktuelle gesellschaftliche Aufgabenstellungen und politische Herausforderungen.“

Ausgangspunkt der Innovationsreihe #Tech4Society, mit der *Das Progressive Zentrum* gemeinsam mit einem Konsortium aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft technologischen Wandel vordenken möchte, sind daher akute gesellschaftliche Aufgabenstellungen und politische Herausforderungen. Am Beginn steht die Analyse aktueller Entwicklungen neuer Technologien mit den verbundenen sozialen und ökonomischen Risiken und Opportunitäten. Aufbauend darauf werden neue Narrative und Handlungskonzepte für die Akteure im Co-Innovationsprozess entwickelt, die auf dem Selbstverständnis von Tech-Unternehmen aufsetzen, aber auch klassische Industrieunternehmen in der Transformation ansprechen. Sie bieten den Beteiligten aus Politik, Wirtschaft und Wissenschaft und Zivilgesellschaft einen Ansatzpunkt für die Lösung von Interessenkonflikten und machen zugleich das Potential für den gesellschaftlichen Mehrwert deutlich.

Im Fokus stehen Fragen nach den Potentialen für einen positiven Beitrag von technologischen Lösungen oder Gesellschaftsmodellen auf drei Ebenen:

- **Gesellschaft:** Wie können neue Technologien gesellschaftlichen Zusammenhalt unterstützen und demokratische Partizipation stärken?
- **Wirtschaft:** Wie können neue Technologien zu einem sozial und ökologisch verantwortlichen Wachstumsmodell beitragen – und dabei ökonomische mit sozialer Innovation kombinieren?
- **Individuum:** Wie können neue Technologien helfen, individuelle und gesellschaftliche Wohlfahrt zu sichern?

Unter welchen politischen und wirtschaftlichen Bedingungen diese Potentiale zu realisieren sind, welche Nebeneffekte zu bedenken oder wie Sicherungsmechanismen zu konzipieren wären, wird Gegenstand der einzelnen Diskussionsrunden und eines abschließenden Policy Papers sein.

NEUE TECHNOLOGIEN UND INDIVIDUUM

Welchen Mehrwert können neue Technologien für den Einzelnen haben? Wie können gesundheitliche Versorgung verbessert und nachhaltige Mobilitätskonzepte entwickelt werden? Wie kann die/der Einzelne durch Bildung befähigt werden, mit den technologischen Neuerungen Schritt zu halten?

INDIVIDUAL**ECONOMY****NEUE TECHNOLOGIEN UND WIRTSCHAFT**

Wie können ökonomische, ökologische und soziale Aspekte in den Debatten um Innovationen und den Wandel von Industrielandschaften und Geschäftsmodellen stärker zusammengedacht werden? Welche Konsequenzen hat dies für die Zukunft der Arbeit in Stadt und Land und wie können soziale Ungleichgewichte zwischen ländlichen und urbanen Räumen abgebaut werden? Welche politischen Handlungskonzepte ergeben sich daraus?

SOCIETY**NEUE TECHNOLOGIEN UND GESELLSCHAFT**

Wie können neue Technologien demokratische Strukturen stärken und dadurch einer sozialen und nachhaltigen gesellschaftlichen Transformation eine Richtung geben? Welcher Funktionslogik sollte die Beziehung zwischen Staat und BürgerInnen folgen? Welche Lehren ergeben sich für die Politik zur Stärkung des sozialen Zusammenhalts und demokratischer Teilhabe?

NOTIZEN:

AutorInnen



Daniela Blaschke ist Referentin im Bereich Außenbeziehungen der *Volkswagen Aktiengesellschaft*. Bei *Das Progressive Zentrum* arbeitet sie als Policy Fellow im Programmbereich Strukturwandel zu den Themen Sustainability, Corporate Activism und Futures of Mobility. Sie promoviert an der Freien Universität Berlin zur Gesellschaftsreferenz von Unternehmen.



Florian Ranft ist Leiter des Programmbereichs Strukturwandel bei *Das Progressive Zentrum*. Zuvor war er Head of Policy and International Relations bei *Policy Network* und Senior Research Analyst beim *Centre for Progressive Policy*, zwei Londoner Think-Tanks. Davor hat er an den Universitäten in Frankfurt und Greifswald in den Bereichen politische Soziologie und internationaler Politik gelehrt und geforscht.

Über das Projekt



Welche neuen Technologien braucht gesellschaftlicher Fortschritt?

Die Innovationsreihe #Tech4Society widmet sich dem wertebasierten technologischen Wandel mit dem Ziel des sozialen und ökologischen Fortschritts. In einem diskussionsstarken Konsortium mit PartnerInnen aus Politik, Wirtschaft, Wissenschaft und Zivilgesellschaft wollen wir gemeinsam Antworten dazu entwickeln, wie Technologien die Herausforderungen der Gegenwart, wie z.B. die Klimakrise, soziale Ungleichheiten oder politische Polarisierung adressieren können.

Technologischer Wandel darf kein Selbstzweck sein. Neue Technologien müssen Antworten auf die großen gesellschaftspolitischen Herausforderungen liefern und von breiten Bevölkerungsschichten getragen werden. Zentral ist dabei die Lösung von politischen Interessenkonflikten auf Basis von Dialogbereitschaft, demokratischer Mitbestimmung und gegenseitigem Vertrauen. Nur so kann die Gesellschaft profitieren.

Das Progressive Zentrum

Das Progressive Zentrum ist ein unabhängiger und gemeinnütziger Think-Tank mit dem Ziel, neue Netzwerke progressiver Akteure unterschiedlicher Herkunft zu stiften und eine tatkräftige Politik für den ökonomischen und gesellschaftlichen Fortschritt mehrheitsfähig zu machen. Dabei bezieht *Das Progressive Zentrum* besonders junge VordenkerInnen und EntscheidungsträgerInnen aus Deutschland und Europa in die Debatten ein. Die Themenschwerpunkte liegen entlang der drei Programmbereiche „*Zukunft der Demokratie*“, „*Strukturwandel*“ sowie „*Internationale Beziehungen*“ mit einem besonderen Fokus auf die europäische Integration und transatlantische Partnerschaft. Die Organisation hat ihren Sitz in Berlin und wirkt darüber hinaus in vielen Ländern Europas (u. a. Frankreich, Polen, Großbritannien) sowie in den USA.



Ein herzlicher Dank für Anmerkungen und Kommentare gilt Hans Asenbaum (wissenschaftlicher Mitarbeiter, IASS Potsdam), Lutz Mache (Policy Fellow, Das Progressive Zentrum und Public Policy and Government Relations Manager, Google), Lukas Malcharzik (Praktikant, Das Progressive Zentrum), Janis Prinz (Trainee, Das Progressive Zentrum), Diego Rivas (Projektassistent, Das Progressive Zentrum), Max Senges (Lead for R&D Partnerships and Internet Governance, Google) und Christine Wenzel (Leiterin Bereich Politik, Corporate Affairs Germany Head of Berlin Office, Hewlett Packard Enterprise).

Impressum:

Alle Rechte vorbehalten. Abdruck oder vergleichbare Verwendung von Arbeiten von *Das Progressive Zentrum* in Auszügen ist nur mit vorheriger schriftlicher Genehmigung gestattet.

ISBN 978-3-96759-006-7

©Das Progressive Zentrum e.V., 2019

Ausgabe: November 2019

V.i.S.d.P.: Dominic Schwickert
c/o Das Progressive Zentrum e.V.
Werftstraße 3, 10577 Berlin

Vorsitzende: Dr. Tobias Dürr, Michael Miebach,
Katarina Niewiedzial
Geschäftsführer: Dominic Schwickert

www.progressives-zentrum.org
mail@progressives-zentrum.org
www.facebook.com/dasprogressivezentrum
twitter: @DPZ_Berlin

Redaktion: Noémi Shirin Unkel, Vincent Venus

Design: 4S & Collet Concepts
Layout: Daniel Menzel